

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **JHA/026/2008**

**über die öffentliche Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine  
am 19.06.2008**

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 18:20 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

### **Anwesend als**

#### **Vorsitzender:**

Herr Norbert Dörnhoff      CDU

#### **Mitglieder:**

Herr Achim Bietmann      SPD

Frau Christel Brachmann      CDU

Herr Frank Hemelt      SPD

Herr Hermann-Josef Kohnen      CDU

Frau Monika Lulay      CDU

Herr Jürgen Rick

#### **beratende Mitglieder:**

Herr Georg Friemel-Brüggemann

Frau Ines Plien

#### **Vertreter:**

Frau Ute Ehrenberg

Herr Florian Elixmann      CDU

Herr Alfred Holtel      FDP

Herr Thomas Jakob

Herr Christoph Kotte      CDU

Frau Judith Renger

Herr Thomas Rühling      SPD

Herr Helmut Tiekötter

**beratende Mitglieder:**

Herr Bernhard Mersch  
Herr Ludger Schöpfer  
Herr Gerhard Veltmann

**Verwaltung:**

Herr Raimund Gausmann	PV
Herr Wolfgang Neumann	PV
Herr Ewald Piepel	PV
Herr Hubert Lammerding	als Schriftführer

Her Dörnhoff eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:****1. Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung am 17. April 2008**  
I/B/2884

Änderungs- oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgetragen

**2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 17. April 2008 gefassten Beschlüsse**

I/B/2911 Frau Ehrenberg berichtet. Die Beschlüsse sind ausgeführt. Eine besondere Berichterstattung erfolgt zum Thema Spielleitplanung. Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 10.06.2008 einstimmig eine Ausnahme vom externen Einstellungsstopp im Bereich der Stadtplanung für eine / einen Stadtplaner / Stadtplanerin für die Dauer von 2 Jahren beschlossen. Die Stadt Rheine wurde als eine von acht Kommunen ausgewählt für die gemeinsame Erarbeitung eines nachhaltigen kommunalen Flächenmanagements. Der Start soll in diesem Sommer erfolgen. Die Projektlaufzeit wird voraussichtlich Mitte 2010 enden.

Unter den Projektschwerpunkten „*Binnenentwicklung*“ und „*Anpassung der Wohnsiedlungsentwicklung und Infrastruktur an die demographische Entwicklung*“ stellt das gesamte Stadtgebiet, speziell das Quartier Dorenkamp eine sehr gute Ausgangsbasis dar, um verschiedene Leitbilder, die explizit im **Handlungskonzept 2020** dargestellt sind, mit dem Projekt zu verknüpfen.

Direkt integriert werden sollen folgende Leitprojekte:

**LP 5 – Mehrgenerationswohnen** (neue Wohnprojekte für jedes Alter)

**LP 9 – Kinder in Bewegung** (Integration der Spielleitplanung)

**LP 10 - Vitale Innenstadt** (Nachverdichtung von Flächen, Aufwertung der Gebäudesubstanz)

**LP 11 - Zukunftsfähiger Wohnungsmarkt Rheine** (kommunales Wohnraumentwicklungskonzept als Grundlage für Bedarfsmeldungen)

**LP 22 – Freiraumentwicklung** (Verknüpfung der Quartiere mit dem Freiraum)

**LP 27 – Klimaschutz** (Wettbewerb „Aktion Klima plus – NRW Klimakommune der Zukunft, flächensparende Stadtentwicklung)

Die Einbeziehung der Spielleitplanung wird daher erstmalig in diesem Projekt erfolgen. Frau Ehrenberg bringt ihre Freude darüber zum Ausdruck und hofft, dass dieses Projekt im Gesamtkanon der vielen Projekte auch seinen Stellenwert bekommt. Die Verwaltung wird eine Kooperationsstruktur für die Beteiligten Fachbereiche und das Planungsbüro Stadt-Kinder entwickeln und dem Unterausschuss Kinderspielplätze zur Beratung vorlegen.

### **3. Informationen**

I/B/3230

Frau Ehrenberg informiert:

#### **1. Antrag zur Förderung der Umsetzung des 12-Punkte-Katalogs nach KOMM-IN NRW**

---

Auf den Projektantrag der Stadt Rheine im KOMM-IN NRW-Integrationsprojekt wurde nun vom Land ein Betrag von 40.000 € bewilligt. Das sind 80 % der errechneten Gesamtkosten des Rheiner Projekts. Die Restfinanzierung muss durch Mittel der Stadt, z. B. durch Personal- und Sachmittel, aufgebracht werden.

Das Projekt hat folgende Eckpunkte:

Ziel 1: Etablierung eines Monitoring-Systems,

Ziel 2: Konzeptionelle Weiterentwicklung der Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Die Geschäftsführung des Projekts, das ab sofort beginnt und bis zum 31.01.2009 abgeschlossen sein muss, liegt bei der Migrations- und Integrationsberatung der Stadt.

Ausführendes Gremium ist das Netzwerk Migration, genauer gesagt die Kerngruppe des Netzwerks (das sind Migrationsbeauftragter, Vorsitzender des Integrationsrats, Projektgruppe Migration, Caritas-Migrationsdienste, VHS). Die Kerngruppe soll für dieses Projekt um Fachleute zu den beiden o. g. Zielen erweitert werden.

#### **2. „Schulverweigerung - Die 2.Chance“**

---

Im Rahmen der Bundesinitiative „Jugend und Chancen-Integration fördern“ des BMFSFJ hat die Verwaltung den Caritasverband Rheine gebeten, für das Programm „Schulverweigerung - Die 2. Chance“ eine Förderantrag aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zu stellen, da er

mit der Jugendwerkstatt einen außerschulischen Lernort ohne zusätzliche Investitionen vorhalten kann.

Die Kofinanzierung erfolgt aus Mitteln des Landesjugendplanes und aus den aus dem Vertrag mit dem Caritasverband für die Jugendsozialarbeit vorgesehenen Mittel (46.250,- €) kostenneutral.

#### **4. Informationen aus dem Familienbeirat**

Herr Friemel-Brüggemann berichtet über die Arbeit des Familienbeirates. Zur Überarbeitung des Familienpasses wurde eine Arbeitsgruppe gebildet.

Der Stadtelternerat konnte reaktiviert werden. Dieser möchte sich gerne dem Jugendhilfeausschuss vorstellen.

#### **5. Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege vom 09. Mai 2008** II/A/0145 **Vorlage: 272/08**

Herr Schöpfer führt in das Thema ein. Sorge bereitet die enge Terminsetzung zum 29.08.2008.

Herr Kohnen bittet die Verwaltung abzuklären, wer die Restfinanzierung (10%) übernimmt und in welcher Größenordnung dazu Mittel bereitzustellen wären, um dieses bei den Haushaltsplanberatungen rechtzeitig berücksichtigen zu können. Er halte die Finanzierung der 10% für eine kommunale Aufgabe.

Herr Hemelt begrüßt diese Maßnahme, betont aber sein Unbehagen bezüglich der engen Terminsetzung des Landes. Im Übrigen schließt er sich der Auffassung Herrn Kohnens an, dass die Restfinanzierung eine kommunale Aufgabe sei.

Frau Ehrenberg stellt eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses in Aussicht, sobald der Verwaltung die notwendigen Informationen vorliegen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zur Investitionskostenförderung zum Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren zur Kenntnis.

**6. Sachstandsbericht über die Schaffung zusätzlicher Plätze für die Kindertagesbetreuung im Bereich links der Ems**  
II/A/1085 **Vorlage: 274/08**

Herr Rick erklärt sich für befangen und verlässt für diesen TOP den Beratungstisch.

Herr Schöpfer verweist auf die Vorlage. Ergänzend teilt er zum Projekt Hofzwerge mit, dass grundsätzlich der Betrieb einer eingruppigen Einrichtung möglich ist. Das wurde auch bereits seitens des Landesjugendamtes bestätigt. Auf Grund der Hinweise des Landesjugendamtes und der Unfallkasse ist die Planung noch einmal überarbeitet und die Kostenschätzung aktualisiert worden. Die derzeitige Kostenschätzung nennt Kosten in Höhe von 137.000,00€. Die Finanzierung soll erfolgen durch eine Investition der Eheleute Lakemeier.

Weiterhin wurden Gespräche mit den Trägern benachbarter Kindertageseinrichtungen geführt. Alle sind grundsätzlich bereit, an einer bedarfsgerechten Lösung mitzuarbeiten.

Der Träger des Jakobikindergartens hat erklärt, dass er sich eine Erweiterung um eine, gegebenenfalls zwei Gruppen auf eigenem Gelände vorstellen kann.

Der Träger des Raphael Kindergartens kann sich ebenfalls eine Erweiterung sowohl um eine Gruppe, als auch um zwei Gruppen vorstellen. Er ist hierfür aber auf eine benachbarte Fläche angewiesen, die sich nicht in seinem Besitz befindet.

Der Träger des Franziskus Kindergartens hat mitgeteilt, dass er die Platzzahl nicht erhöhen möchte, da für eine Vier-Gruppenanlage die Außenfläche zu klein werde.

Alle Träger stimmen darüber überein, dass eine Realisierung erst dann möglich ist, wenn alle anfallenden Kosten sowohl Investitionskosten wie auch Betriebskosten stadtseitig übernommen werden.

In der sich anschließenden Aussprache werden folgende Fragen aufgeworfen:

Welche Gruppenarten sehen die Erweiterungen vor?

Wie ist die rechtliche Situation bezüglich bestehender Verträge im Wohnpark Dutum?

Wie gedenkt die Verwaltung weiter mit der Initiative Hofzwerge Dutum zu verfahren?

Wie ist der einzuschätzende Bedarf in Dutum?

Wie lange besteht der Bedarf (Mietzeit)?

Bezüglich der Fragen zu den vertraglichen Regelungen verweist Frau Ehrenberg auf Informationen, die sie für den nichtöffentlichen Teil zusammengestellt hat.

Bezüglich der anderen Fragen wird die Verwaltung zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung zu den verschiedenen möglichen Modellen einen detaillierten Kostenvergleich erarbeiten.

Es wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht über die Schaffung zusätzlicher Plätze für die Kindertagesbetreuung im Bereich links der Ems zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Verhandlung weiter zu führen.

**7.** **Nachbenennung eines Mitgliedes für den Unterausschuss "Jugendarbeit / Kindertageseinrichtungen"**  
II/A/2178 **Vorlage: 245/08**

Auf die Vorlage wird verwiesen.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt bei der Besetzung des Unterausschusses **Jugendarbeit / Kindertageseinrichtungen** folgende Änderung:

Neuer persönlicher Vertreter für das beratende Mitglied Carsten Timpe wird Herr Matthias Werth.

**8.** **Bestätigung der Empfehlungsbeschlüsse des Unterausschusses "Jugendarbeit und Kindertagesstätten"**  
II/A/2211 **Niederschrift Nr. 11 der Sitzung am 4. Juni 2008**  
**Vorlage: 079/08**

Herr Schöpfer weist daraufhin, dass sich bezüglich des zweiten Teils des Beschlusses, in dem es um die Partizipationsprojekte geht, ein neuer Sachstand ergeben hat. Am Montag dieser Woche hat die Stadt Rheine einen Zuwendungsbescheid über 13.440,00€ aus einem Sonderprogramm des Landes speziell für Partizipationsprojekte und hier Kinderbeirat Rheine, „Jetzt reden wir“ erhalten. Diese Mittel müssen auch bis zum Jahresende sachgerecht angelegt sein. Das hat zur Folge, dass wir im Jahr 2008 keinen Anspruch auf zusätzliche Mittel aus dem Budget erheben werden, weil diese durch die Landesmittel gedeckt sind.

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss erhebt die Empfehlungen des Unterausschusses „Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ analog der der Einladung beigefügten Niederschrift Nr. 11 der Sitzung vom 4. Juni 2008, mit Ausnahme der Bewilligung von Mitteln für die Partizipationsarbeit, zu Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses.

**9.** **Berichtswesen zum Stichtag 31.05.08, Fachbereich 2 - Jugend,**  
II/A/2415 **Familie und Soziales,**  
**hier: Produktgruppe Jugendamt**  
**Vorlage: 254/08**

Herr Schöpfer verweist auf die Vorlage. Im Bericht sind noch nicht enthalten die zusätzlichen Kosten die durch das KiBiz entstehen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 2 –Jugend, Familie und Soziales (hier: Produktgruppe Jugendamt) mit dem Stand der Daten vom 31.05.2008 zur Kenntnis.

**10. Einwohnerfragestunde**

Einwohnerfragen liegen nicht vor

**11. Anfragen und Anregungen**

II/A/2415

Keine

Gez.

\_\_\_\_\_  
Dörnhoff  
Ausschussvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Lammerding  
stellv. Schriftführer